

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 4.50 Mk., bei Selbst-
abholung 4.25 Mk.
Durch die Post bezogen vierteljährlich 15.— Mk., für 1 Monat 5.— Mk.
(Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg.)
Postfachkonto Nr. 53 477. Postfachkonto Nr. 53 477.

Redaktion:
Leipzig, Tauchaer Straße 19/21.
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 13 000.

Inseratenpreise:
Die 7gespaltene Kolonelle 1.55 Mk. — Die 7gespaltene Kolonelle mit
Platzvorschrift 1.85 Mk. — Die 7gespaltene Kolonelle Familiennachrichten
1.40 Mk. Die Reklame-Kolonelle 0.25 Mk.
Schluß der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21, Fernsprecher: 4506 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Höchste Gefahr fürs Ruhrrevier!

Die Haltung der U. S. P. in Berlin. Mißtrauen! — Gerücht bleiben!

Berlin, 29. März. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Gestern vormittag fanden in Berlin 20 vor der U. S. P. D. einberufene öffentliche Versammlungen statt, die bis auf zwei außerordentlich stark besucht waren und mehrfach die Abhaltung von Parallelversammlungen erforderten. Den Ausführungen der Redner lagen Richtlinien zugrunde, die zunächst die durch den Putsch und die Bildung der neuen Koalitionsregierung gegebene Situation kennzeichneten und dann fortführten:

Die Unabhängige Partei wird auch fort in schärfster Opposition zu jeder neuen bürgerlich-sozialistischen Koalitionsregierung stehen. Für die Unabhängige Partei kann nur eine rein sozialistische Regierung in Frage kommen. Wir fordern die rein sozialistische Regierung! Wir fordern, daß diese Regierung ein klarer Programm hat, das die nächsten wichtigsten Aufgaben festlegt. Es ist unbedingt erforderlich, daß in einer rein sozialistischen Regierung die U. S. P. so stark vertreten ist, daß schon in ihrer Stärke die Garantie für die Durchführung des Programms gegeben ist. Reicht keine inneren Mittel, keine Entmutigung, kein Nachlassen der revolutionären Energie! Die Gefahr der militärischen Konterrevolution ist noch nicht überwunden, die Koalitionsregierung ist unfähig, diese Gefahr zu überwinden! Sammeln aller Kräfte, Einsehen für eine rein sozialistische Regierung!

Gleichzeitig hatte die Zentralkomitee für Einigung der Sozialdemokratie eine Massenkundgebung mit dem Thema: Einigung gegen die Reaktion! nach dem Zirkus Busch berufen. Der Zirkus war bereits eine Stunde vor Beginn der Versammlung überfüllt; Zehntausende konnten keinen Einlaß finden. Es wurden daraufhin noch mehrere Parallelversammlungen abgehalten. Im Zirkus Busch sprachen unter andern Rednern Bernstein, Heinrich Strauß, Karl Rautsky und Davidsohn.

Rautsky führte etwa folgendes aus:
Der große Generalstreik hat gezeigt, daß das Proletariat unüberwindlich ist, wenn es einig ist. Aber leider haben wir seit dem 9. November 1918 nichts gesehen als Bruderkampf und Brudermord. Das Band der Einigung, das uns jetzt umschlingt, muß nun fester geknüpft werden. Die Reaktion ist noch nicht tot! Dieses Raubtier hat ein süßes Leben. Wenn wir eine rein sozialistische Regierung erstreben, so doch nur eine, die von Dauer ist, und eine solche dauernde sozialistische Regierung können wir im Augenblick nicht erwarten. Die Möglichkeit zu ihr werden erst die neuen Wahlen geben. Mag also bis dahin noch ein Koalitionskabinett am Ruder bleiben. Um so nötiger ist es, alle Kräfte einzusetzen, daß aus den nächsten Wahlen eine Nationalversammlung hervorgeht, die die Grundlage für eine sozialistische Regierung geben kann. Dazu ist es nötig, daß die Einigung zwischen den sozialistischen Parteien gefestigt wird. Das ist um so eher nötig, als die Frage, ob Reichstagsrat oder Demokratie bei den ganzen letzten Vorgängen gar keine Rolle mehr gespielt hat. Der jetzt gebildeten Koalitionsregierung werden wir mit dem größten Mißtrauen gegenübersehen. Wir werden Gewehr bei Fuß stehen, aber jeder Zeit gerüstet, den Kampf gegen den Feind wieder aufzunehmen. Wer sich gegen die Einigung hemmt, ist ein Verräter an der Sache des Proletariats. Ich rufe allen Sozialisten zu: Seid einig, einig, einig!

Nach einer andern Meldung sah die Volkszeitung den Inhalt der Reden dahin zusammen: Die Unabhängigen wollten ein rein sozialistisches Kabinett unter Führung der Unabhängigen und forderten sofortige Zurückziehung der Truppen aus dem Ruhrgebiet unter Aufsicht von Vertretern der Regierung und der U. S. P. D., andernfalls werde die rote Armee weiterkämpfen und, wenn sie unterläge, die Bergwerke zerstören (?). Rautsky drohte eine Berliner Generalstreik an, auf den mindestens sechs bis acht auch Bedenken dringend anriet. Er hätte begrifflich das geschlossene Eintreten der Gewerkschaften von den Demokraten bis zu den Kommunisten in den politischen Kampf als einen Wendepunkt in der Gewerkschaftsgeschichte.

Das neue Kabinett.

Berlin, 27. März. (D. L. V.) Reichskanzler Müller, der einstweilen Minister des Auswärtigen verbleibt und mit seiner Vertretung im Reichsausschuss des Auswärtigen Amtes im Behinderungsfalle den Unterstaatssekretär Gesandten v. Daniel beauftragt hat. Stellvertreter des Reichskanzlers ist Reichsminister des Innern Koch, Reichsminister der Finanzen Brügel, Reichswehrminister Geßler, Reichsminister für

Justiz Blund, Reichswirtschaftsminister Schmidt, Reichsarbeitsminister Schilde, Reichspostminister Giesberts, Reichsjustizminister Bauer, Reichsverkehrsminister Bell, Reichernährungsminister Sermed, Reichsminister ohne Portefeuille David. Das Reichsministerium für Wiederaufbau wird in den nächsten Tagen besetzt werden. Das neue Kabinett wird sich am Montag der Nationalversammlung vorstellen. Der Reichskanzler wird programmatische Ausführungen machen, die sich über die Ereignisse der letzten vierzehn Tage ausprechen.

(Geheimrat Cuno, der ursprünglich für den Posten des Reichsfinanzministers in Aussicht genommen war, hat nachträglich abgelehnt.)

Die Nationalversammlung!

Heute Montag, soßen, wenn die Umbildung der Regierung vollzogen ist, die Verhandlungen in der Nationalversammlung wieder beginnen. Zuerst wird über die Aufhebung der Immunität des Reichspräsidenten verhandelt. Dann kommt die große politische Debatte. Der Reichskanzler wird den Standpunkt der Regierung zu den gegenwärtigen Verhältnissen darlegen. Im Anschluß daran sollen, um den einzelnen Fraktionen Zeit zur Stellungnahme zu geben, der Nachtragsetat, der Notetat, die Vorlage über die Verstaatlichung der Eisenbahnen und die Beamtenbeförderungsvorlage verhandelt werden. Das wird voraussichtlich nur kurze Zeit in Anspruch nehmen. Nach einleitender Pause wird dann die Debatte über die gegenwärtige Lage einsetzen. Den ersten Redner stellen die Reichsparteien, und zwar Zentrum oder Demokraten. Als zweiter Redner wird unser Genosse Heine sprechen. Im weiteren Verlauf der Sitzung soll abwechselnd ein Redner der Regierungsparteien und einer der Opposition sprechen. Die Deutschnationalen stellen auf eigenen Wunsch die letzten Redner. Sie fühlen offenbar schon, daß für sie die Sache nicht besonders annehmbar verlaufen wird.

Polnischer Angriff auf Litauen.

Bern, 29. März. Die das litauische Pressbüro meldet, haben die polnischen Truppen auf der Linie Dünaburg mit überlegenen Geschützen die Litauer angegriffen und ausgedrängt. Erbitterte Kämpfe an der ganzen Front.

Polen zu Friedensverhandlungen mit Rußland bereit.

Bromberg, 27. März. Der deutsch-polnische Pressedienst meldet: Nach einer amtlichen Mitteilung aus Warschau benachrichtigte die polnische Regierung in einer Note Litwischtscherin, sie sei zu den vorgeschlagenen Friedensbedingungen zu Verhandlungen mit russischen Bevollmächtigten zum 30. April bereit.

Estnisch-lettisches Abkommen.

Helsingfors, 27. März. Zwischen Estland und Lettland wurde ein Abkommen über Wall erzielt, wonach die Esten ihre Truppen aus lettischem Gebiet zurückziehen und die Zugehörigkeit Walks von dem Schiedsgerichtshof der Entente entschieden wird.

Blutiger Zusammenstoß zwischen Streikenden und italienischem Militär.

Mailand, 27. März. Die Blätter melden aus Novara, daß es in Barenzo zwischen Soldaten und Streikenden zu einem Konflikt kam, wobei drei Personen getötet und mehrere verwundet wurden.

Besetzung Shularis durch die Italiener.

Paris, 27. März. Havas meldet aus Belgrad, daß die Italiener die Stadt Shulari besetzt haben. Die Italiener hätten das Fort von Sutari mit einer Batterie bewaffnet, so daß sie das Feuer auf die Stadt richten könnten.

Ein türkischer Protest.

Paris, 29. März. Der Vertreter des Temps in Konstantinopel berichtet, daß die Presse gegen die Note über die Besetzung Konstantinopels Einspruch erhoben habe, da für das Vorgehen der nationalen Kräfte nicht das gesamte türkische Volk, sondern nur einzelne Panatiker verantwortlich gemacht werden könnten.

Ausweisung der Franzosen aus Syrien?

Ein Funkpruch meldet aus Beirut: Der Emir Faisal hat den Franzosen befohlen, Syrien bis zum 6. April zu verlassen. Die Araber verlangen den Abzug der Engländer aus Ägypten.

Sein oder Nichtsein!

Neuer Krieg im Ruhrrevier!

Die Militärdiktatur in Deutschland herrscht wie unter Kapp. Müllers, schlimmer noch! Ihr Willen droht die Vernichtung Deutschlands. Das Schicksal der deutschen Industrie steht auf dem Spiele. Nur die Tatkraft:

Die Weissen Garden gegen Rheinland-Westfalen.

Aus Rheinland-Westfalen, 27. März, 12 Uhr mittags.
Trotz der Abmachungen von Bielefeld, die von der Arbeiterschaft eingehalten werden, führt das Militär seine Operationen gegen Rheinland-Westfalen weiter. Sie benutzen die Kämpfe vor Wesel als Vorwand für den Bruch des Waffenstillstands, trotzdem bei den Bielefelder Abmachungen im Weissen und auf Trängen des Ministers Giesberts hin Wesel von dem allgemeinen Waffenstillstand ausgenommen worden ist.

Die 30 Kilometer lange Front war nach den Abmachungen von Bielefeld zur völligen Ruhe gekommen. Die bewaffnete Arbeiterschaft hat den Kampf eingestellt und hat sich hinter die festgesetzte Linie zurückgezogen. Mit der Zurückziehung und Auflösung der Formationen ist begonnen worden. Das Militär jedoch hat die Abmachungen von Bielefeld gebrochen, es hat die Demarkationslinie überschritten und

setzt den Vormarsch fort.

Gestern Abend sind in Münster zwei Bataillone des bayerischen Freikorps Epp einermüht. Sie haben

die schwarz-weiß-rote Flagge gehißt.

Der berüchtigte General Watter läßt im Ruhrrevier Flugblätter adwersen, in denen er zum Kampf gegen die Arbeiter, zur Bewaffnung des Bürgerturns auffordert. In der Nachtina auf Soest an haben die Truppen die Demarkationslinie um 10 Kilometer überschritten.

Genen den offensibaren Bruch des Waffenstillstands haben unsere Genossen, sowie der Oberbürgermeister Cuno von Dagen (Demokrat) bei dem General Watter Einspruch erhoben. Watter hat darauf erklärt lassen, daß die Truppe völlige Bewegungsfreiheit haben müsse. Er setzt sich einfach über die Abmachungen von Bielefeld hinweg. Seine Offiziere wissen zum Teil nichts davon, daß Waffenstillstand geschlossen ist und reben selbst von doppeltem Spiel und erklären, daß sie den striktesten Befehl zum Vormarsch haben.

Unter diesen Umständen hat heute die Kampfsituation an den

Reichspräsidenten Ebert ein Telegramm gerichtet, in dem sie erklärt: Die erhöhte Kampfbereitschaft ist für den gesamten Industrie-
kreis angeordnet. Falls die Truppenbewegungen nicht aufhören, wird der Kampf auf der ganzen Front im Laufe des Spätnachmittags über der Nacht wieder ausgenommen.

Der General Watter müsse unverzüglich entlassen werden, ein Rivollkommisar müsse ernannt werden, dem alle militärischen Befehle zur Genehmigung vorzulegen seien.

Weiter wird in dem Telegramm auf die schwere Gefahr hingewiesen, daß die Arbeiterschaft, wenn dem Militär der Unmarisch ins Industrievier gelingen sollte, sich in ihrer Verzweiflung, in der Voraussicht des Schreckensregiments, des im Grunde kapitalistisch gestimmten, nach Arbeiterblut dürstenden und durch schamlose Gräueltaten verhetzten Militärs zu den schwersten Sabotageakten hinreißen läßt. Die Arbeiter drohen schon jetzt damit, im Falle die Regierung sie der Abschlagung durch die weissen Garden des Kappisten Watter ausliefern will, die Bergwerke, die Hochöfen, überhaupt die gesamten Industrieanlagen und die Brücken in die Luft zu sprengen. Sie haben zu diesem Zwecke schon Sprengkolonnen gebildet und so beflaggenwert das Zerstörungswerk wäre, bei der grimmigen Entschlossenheit, die unter der Arbeiterschaft herrscht, bei der Gewißheit, was ihrer bei einem Sieg der verhetzten Soldateska wartet, werden sie selbst von ihren Führern von solchen Verzweiflungstaten, die sie selbst mit treffen, nicht abzuhalten sein. Ebenso drohen die Arbeiter, wenn der äußerste Fall eintreten sollte, alle Deutschnationalen zu verschaffen und als Geiseln mitzuführen, um die Blutgier der weissen Garden möglichst in Schach zu halten.

Die Regierung hat bisher nichts getan, um die Bielefelder Abmachungen zur Durchführung zu bringen. Der Reichskanzler Bauer hat vielmehr einen Erlaß herausgeben lassen, der über diese Abmachungen hinweggeht und der Arbeiterschaft mit der Militärmacht droht. Die Regierung hat weder die Macht, noch den Willen, der Militärdiktatur entgegenzutreten. Der Reichspräsident Ebert, der